



Aus dem Inhalt

**Benachteiligung darf keine
Endstation sein**

In der Aussprache zum Bischofsbericht knüpften die Synodalen an die kritischen Äußerungen Gerhard Maiers zu den Sozialreformen an.

Seite 3

Kirchensteuereinnahmen sinken weiter
Finanzdezernent Martin Kastrup mahnt zu Einsparungen im Personalbereich und zum Verkauf von Immobilien.

Seite 4

Die Familie ist ohne Alternative

Die Landessynode hat neun Thesen zur Stärkung der Familien verabschiedet.

Seite 7

Bischof verleiht Familienpreis

Der Landesbischof hat drei Gemeinden aus Württemberg für ihr familienfreundliches Engagement ausgezeichnet.

Seite 9

**Abendmahl und Verkündigung
in Einheit**

Abendmahlsfeiern können nur von Personen geleitet werden, die dafür ausgebildet sind.

Seite 11

Auf den Internetseiten der Evangelischen Landeskirche in Württemberg finden Sie weitere Informationen zur Sommertagung der Landessynode. Dort finden Sie auch den Bericht des Landesbischofs sowie die Ausgaben von „beraten und beschlossen“ als Download.

www.elk-wue.de

Berichte und Interviews können Sie in Bild und Ton erleben unter:

www.kirchenfernsehen.de**Kirche in besonderer Verantwortung**

Landesbischof plädiert für missionarisches Bewusstsein

Zwar stünden Kirche und Diakonie grundsätzlich hinter der Umstrukturierung des Sozialstaates. In seinem Bischofsbericht äußerte sich Landesbischof Gerhard Maier jedoch kritisch gegenüber den Sozialreformen und Hartz IV. Er hege „starke Zweifel“, ob die angestrebten Ziele mit Hartz IV erreicht würden. „Nachbesserungen sind meines Erachtens notwendig“, erläuterte Maier. In seinem Bericht, den er der Landessynode zum Auftakt der Sommersitzung vorlegte, zieht Maier Bilanz seiner Amtszeit, welche er immer als Gelegenheit verstanden habe, „das positive Handeln Gottes in unserer Zeit zu erkennen“.

Erste Erfahrungen würden zeigen, dass die Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe zu Hartz IV „zu einer Verunsicherung und materieller Verschlechterung“ bei den Betroffenen geführt habe. Zugleich befürchtet Maier steigende Kinderarmut und weitere Benachteiligung der sozial Schwachen. Er kritisierte in diesem Zusammenhang Chefgehälter, die „in keinem Verhältnis mehr stehen zum Leben der Bevölkerung“. Maier warnte vor einer „Selbstbedienungsmentalität“, die die „Maßstäbe unserer Gesellschaft beschädigt“. Zugleich plädierte der Bischof dafür, „auch in finanziell knappen Zeiten die kirchlichen Angebote für Kinder und Jugendliche aufrechtzuerhalten“. Es sei wichtig, junge Menschen in ihren Sinnfragen zu unterstützen. Angesichts sinkender Geburtenraten forderte Maier die Kirche auf, sich für einen „Mentalitätswandel“ hin zu mehr Kinderfreundlichkeit und für „eine Familie fördernde Gesellschaftspolitik“ einzusetzen. Da „Familie und Kinder die Zuwendung des göttlichen Segens“ erfahren, komme der Kirche bei der Überwindung der Kinderfeindlichkeit eine besondere Verantwortung zu. Maier appellierte an die Kirchengemeinden: „Halten Sie an den Kindergärten so lange wie möglich fest!“

Im Blick auf die Ziele seiner Amtszeit, die Maier in seinem ersten Bischofsbericht 2002 benannt hatte, zog er eine überwiegend positive Bilanz. So seien die Projekte „Notwendiger Wandel“, „Personalentwicklung und Chancengleichheit“ sowie „Wirtschaftliches Handeln“ zum größten Teil in die Praxis um-

gesetzt worden. Ebenfalls positiv bewertete Maier die Handreichung „Daran glauben wir“, die das Ergebnis einer gemeinsamen Suche nach einem theologischen Grundkonsens darstelle. Kirchengastritte zu verringern, habe die Landeskirche nicht erreicht. Maier betonte jedoch, dass sich dieses Ziel „keineswegs kurzfristig umsetzen“ lasse.

Der theologische Teil des Berichts beleuchtete „Unseren Glauben an Gott, den Heiligen Geist“ und vollendet mit den beiden Vorjahresberichten den trinitarischen Bogen. Statt einer Kirche der Lähmung und Schicksalsergebenheit sei die „heilige christliche Kirche“ eine „dynamische und alle Chancen wahrnehmende Kirche“, betonte Maier. Notwendig sei vor allem „unser missionarisches Bewusstsein und unsere missionarische Liebe“. Der Ende Juli aus dem Amt scheidende Bischof wünschte sich, „dass in der Landeskirche auch in Zukunft eine frohe, nüchterne und biblische Zuversicht bestimmend bleibt“.



Gerhard Maier: Kirche muss eine dynamische, alle Chancen wahrnehmende Kirche sein.

Ökumene als zentrale Aufgabe

Für den Gesprächskreis Evangelium und Kirche kommt der Ökumene eine besondere Bedeutung zu. Jörg Diether Schumacher regte an, dass sich die Kirchen an der von der Konferenz Europäischer Kirchen erarbeiteten Charta Oecumenica orientieren sollen, um ein gemeinsames christliches Profil zu zeigen. Auch böte die Neustrukturierung der Evangelischen Kirche in Deutschland die Chance, zu mehr Gemeinschaft innerhalb der Landeskirchen beizutragen und gleichzeitig Doppel- und Mehrfachstrukturen abzubauen. Schumacher forderte die Landeskirche auf, sich nicht in Struktur- und Finanzproblemen zu verstricken.

Schumacher betonte, dass die katholisch-evangelische Ökumene im Südwesten von einer „ökumenischen Eiszeit“ weit entfernt sei. Erst kürzlich habe „eine Begegnung zwischen dem Ältestenrat unserer Landsynode und dem geschäftsführenden Ausschuss des Diözesanrates der Diözese Rotenburg-Stuttgart“ stattgefunden. Auch die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen könne als eine der tatkräftigsten in ganz Deutschland bezeichnet werden. Um die Zusammenarbeit auch weiterhin verlässlich zu gestalten, sei besonderes Augenmerk „auf die ökumenischen Partner und unsere früher mit ihnen getroffenen Vereinbarungen“ vonnöten. So sei „besondere Achtsamkeit“



Evangelium
und Kirche
engagiert evangelisch selbstbewusst

Jörg Diether Schumacher: sich an der Charta Oecumenica orientieren!

geboten bei „der Frage der Leitung von Abendmahlsfeiern durch nicht ordinierte Gemeindeglieder“.

Schumacher lobte die Handreichung „Daran glauben wir“. Sie ermögliche einen theologischen Grundkonsens, der nicht einengend sei, und verdeutliche einmal mehr, dass Landesbischof Gerhard Maier „immer das Gemeinsame, Verbindende“ suche.

Kreist die Kirche um sich selbst?

Für den Gesprächskreis Lebendige Gemeinde sei der Bischofsbericht „fast wie ein Vermächtnis“ zum theologischen Schwerpunktthema „Heiliger Geist und Kirche“. Dass diese aufs engste zusammengehörten, sei im kirchlichen Handeln jedoch nicht immer sichtbar, bemerkte Emil Haag. So gäbe es aufgrund der angespannten Finanzlage eine „Art von Depression“ bei den Verantwortlichen der Kirche. „Dabei haben wir doch eigentlich große Chancen und Möglichkeiten, Kirche und Gesellschaft zu gestalten“, so Haag. „Nicht Geld macht selig, sondern der Glaube.“



Lebendige
Gemeinde

Emil Haag: Wir haben gute Chancen zu gestalten.

Der Kirche komme eine besondere Verantwortung zu, um auf die soziale Schiefelage in der Gesellschaft aufmerksam zu machen. „Auf der Seite der sozial Schwachen stehen und uns durchaus auch zu politisch brisanten Themen äußern“, gehöre zur „missionarischen Herausforderung“ der Kirche. Wegweisendes habe die Kirche auch zum Thema „Ehe und Familie“ zu sagen, betonte Haag. „Wir sollten zuerst vor unserer eigenen Türe kehren“, mahnte Haag. Es dürfe nicht sein, dass Kinder in Gottesdiensten „für manche eine Last“ seien.

Haag zeigte auf, dass die landeskirchlichen Projekte „in den letzten Jahren enorme Kräfte gebunden“ hätten. Bei innerkirchlichen Veränderungsprozessen sei zu fragen, ob sich die Kirche nicht zu sehr mit sich selbst beschäftige. Er forderte, die landeskirchlichen Projekte so schnell wie möglich als Mittel zum Zweck einzusetzen.

Haag bedankte sich bei Gerhard Maier, der als Landesbischof die reformatorische Erkenntnis „Kirchenleitung geschieht durch das Wort“ in vielfältiger Art und Weise in die Tat umgesetzt habe.

Gottes Geistkraft schafft Beziehung

Der Gesprächskreis Offene Kirche sieht es als dringliche Aufgabe, an den evangelischen Kindergärten festzuhalten. Neben der Familie seien sie der Ort, „wo wir als Kirche Eltern und Familien beratend, stärkend und begleitend zur Seite stehen“, so Susanne Richter. Jedoch seien derzeit unbefriedigende Entwicklungen zu beobachten. Es würden immer neue Anforderungen an die Qualität der Arbeit gestellt und die Rahmenbedingungen in den evangelischen Kindergärten würden sich verschlechtern. Daher müsse in mehr Personal, höhere Qualität und den Ausbau der Betreuungsangebote investiert werden, forderte Richter. „Denn nur eine gute Qualität auf allen Ebenen macht die Arbeit sinnvoll und befriedigend.“

Zugleich betonte Richter, wie wichtig das Engagement der Haupt- und Ehrenamtlichen in der Konfirmanden- und Jugendarbeit sei. Denn gerade in der Pubertät sei „die Suche nach Orientierung groß“ und seien Jugendliche auf „religiöse Themen ansprechbar“. Da Religionsunterricht „Kirche auch im Alltag erfahrbar“ mache, appellierte Richter an die Landeskirche, „weiter auf angemessene Ersatzleistungen des Staates“ zu drängen.

Auch in „gesellschaftliche Diskussionen“ müsse sich die Kirche immer wieder einmischen. „Wer tut das, wenn nicht wir als Kirchen?“, so Richter und forderte die Landeskirche auf, sich für die Besserungen bei den Hartz-IV-Reformen einzusetzen.

Richter sagte, dass „in dieser Kirche weder ein Kongress noch eine Projektstelle ‚Wachsende Kirche‘ nötig sind, sondern die Präsenz der Kirche im Alltag der Welt“. Zwar seien City-Kirchen ein wichtiger Baustein, viel wichtiger sei es jedoch, auch hier Räume zu öffnen für junge Menschen und Familien, die Annahme und Heimat suchten.



OFFENE KIRCHE

Susanne Richter: als Kirche der Begeisterten wirken.

Benachteiligung darf keine Endstation sein

Reaktionen der Synodalen auf den Bericht des Landesbischofs

Die Synodalen nahmen den Bischofsbericht von Landesbischof Gerhard Maier zum Anlass, die angesprochenen Themenfelder an einigen Stellen zu vertiefen und zu ergänzen. Sie knüpften in ihren Reaktionen besonders an die kritischen Äußerungen des Landes-

bischofs zu den Sozialreformen an und an seinen Aufruf zu missionarischem Handeln. Auch die Bedeutung der Ehrenamtlichen für die Kirche und die theologischen Ausführungen Maiers zum dritten Glaubensartikel waren Gegenstand der Aussprache.

Anknüpfend an die Kritik des Bischofs an der Umsetzung der Hartz-IV-Reformen mahnte Horst Haar (Neustetten): „Wir dürfen uns nicht an die schleichende Amerikanisierung gesellschaftlicher Verhältnisse gewöhnen.“ Dass immer mehr Menschen benachteiligt und ausgegrenzt würden, werde oft als normal angesehen. Kirche und Diakonie hätten die Aufgabe, darauf hinzuweisen, „dass dies ein zu überwindender Zustand sein muss, Durchgangsstation, nicht Endstation“, sagte der Synodale.

Bärbel Danner (Villingen-Schwenningen) berichtete, dass die negativen Folgen von Hartz IV in vielen Kirchengemeinden mittlerweile unüberschaubar seien. „Die bisherige Grundlage des Sozialstaates, Bedarfsdeckung und Teilhabe aller am gesellschaftlichen Wohlstand, ist mit Hartz IV nicht mehr beabsichtigt“, stellte Danner fest. Sie forderte, die Kirche müsse auf allen Ebenen „gegen eine solche Entwicklung protestieren“.

Gitta Klein (Remshalden) teilte die Kritik des Bischofs an Hartz IV. Sie machte darüber hinaus darauf aufmerksam, dass fast 100 Prozent aller Erstanträge von Müttern auf Müttergenesung derzeit abgelehnt würden. „Das ist ein Skandal, und wir sollten da deutlicher Stellung beziehen“, verlangte sie. Auf die Ausführungen des Landesbischofs zum Sendungsauftrag der Kirche bezog sich Thomas Wingert (Denkingen). Maier habe zwar viele Beispiele missionarischer Zielgruppenarbeit genannt, daneben fehlten in der Landeskirche jedoch ergänzende „Modelle milieu- und generationsübergreifender missionarischer Arbeit“, die die Vielfalt der Zielgruppenarbeit wieder zusammenführe, sagte Wingert.

Er teile die Angst nicht, dass die Kirche in viele Zielgruppen zersplittert werde, entgegnete Andreas Schäffer (Cleebronn). Vielmehr müsse die Kirche, der „Vielsprachigkeit unserer Gesellschaft“ nachgehen. Schäffer sprach sich in diesem Zusammenhang für einen „unverkrampften und ehrlichen Dialog“ mit der charismatischen Bewegung aus. Eine Stärke der charismati-



schen Bewegung sei, dass sie in soziologische Dimensionen und Milieus vordringe, die die Landeskirche nicht erreiche.

Angesichts der hohen Zahl der Kirchenaustritte sagte Margarete Mühlbauer (Schwäbisch Hall), die Landeskirche müsse der „Mitgliederpflege Vorrang geben“. „Treffen unsere Aktivitäten zurzeit wirklich die Bedürfnisse unserer Kirchenmitglieder?“, fragte sie kritisch.

Landesbischof Gerhard Maier hatte in seinem Bericht der kirchlichen Kindergartenarbeit eine hohe Bedeutung für den Gemeindeaufbau zugeschrieben. Handlungsbedarf an dieser Stelle sah Immanuel Nau (Schwäbisch Gmünd). Er forderte Synode und Oberkirchenrat auf, die Gemeinden nicht alleine zu lassen, sondern ihnen pädagogische Konzepte für ihre Kindergärten an die Hand zu geben oder sie „wenigstens zu veranlassen, ihre Kindergartenarbeit zu reflektieren und daraufhin zu überprüfen, inwiefern sie tatsächlich zum Gemeindeaufbau beiträgt“.

Marc Dolde (Gäufelden) kritisierte, dass sich die württembergische Landeskirche bei ihren missionarischen Bemühungen oft aktionistisch verhalte wie ein weltliches Unternehmen, das seine Produkte anpreise. Dolde sagte, er habe vom Landesbischof erwartet, dass er sich in seinem Bericht kritischer zum „Kirche-als-Unternehmen-Denken“ äußere.

Angesichts einer 60-Stunden-Woche vieler Pfarrerinnen und Pfarrer stellte Markus Munzinger (Dettingen) in Frage, ob das Projekt Notwendiger Wandel sein Ziel, die Entlastung der Pfarrerschaft, erreicht habe. Die Vielfalt der Aufgaben im Pfarramt überfordere „das Gabenprofil“ einer einzelnen Person, sagte er. Munzinger regte an, dass Pfarrerinnen und Pfarrer ihre theologische Kompetenz an „begabte Ehrenamtliche“ weitergeben und diese zum Dienst in der Gemeinde zurüsten sollten. So würde „die Gabenvielfalt der Gemeinde gelebt, und es werden nicht einzelne Personen im Amt verheizt“, so der Synodale weiter.

Harald Klingler (Bad Urach) sprach sich dafür aus, den Ehrenamtlichen in den Gemeinden mehr Freiheit und Eigenverantwortlichkeit zuzugestehen. Auch das gehöre zum Wirken des heiligen Geistes, sagte er im Blick auf den dritten Teil des Bischofsberichtes. Viele Ehrenamtliche kämen sich „bevormundet“ und „an die kurze Leine genommen“ vor. Er befürchte, so Klingler, dass in der Landeskirche ein zentralisierendes, hierarchisierendes und klerikalisierendes Denken um sich greife.

Anknüpfend an den Bischofsbericht und den letzten Satz des Glaubensbekenntnisses „Ich glaube an das ewige Leben“ forderte Otto Schauder (Reutlingen), die Kirche müsse aufgrund ihrer Hoffnung auf das zukünftige Heil, mutiger „Neues denken“. Es gehe in der kirchlichen und diakonischen Arbeit zunächst um Visionen und nicht um Strukturen und finanzielle Mittel. Die Landeskirche sollte auch den Mut haben, darüber nachzudenken, wie sich eine Kirche gestalten müsste, wenn es die Kirchensteuer nicht mehr gäbe, regte Schauder an.

Kirchensteuereinnahmen sinken weiter

Finanzdezernent mahnt zu Einsparungen im Personalbereich und zum Verkauf von Immobilien

Die Kirchensteuereinnahmen der Landeskirche gehen weiter zurück. Allein in den ersten sechs Monaten 2005 fehlten rund 15 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr. Vor diesem Hintergrund stellte Finanzdezernent Martin Kastrup der Synode die Mittelfristige Finanzplanung der Jahre 2006 bis 2009 vor. Auch

die Umsetzung der bereits getroffenen Sparentscheidungen, die Expertentagung von Landessynode und Oberkirchenrat im Frühjahr, die Personalstrukturplanung sowie der landeskirchliche Immobilienbestand kamen im Bericht des Finanzchefs und der Direktorin des Oberkirchenrates, Margit Rupp, zur Sprache.

Direktorin Margit Rupp legte den Synodalen einen Plan zur Umsetzung der Sparmaßnahmen, die die Synode im Sommer 2004 beschlossen hatte, vor. Laut Plan werde die Sparsumme von rund 15,5 Millionen Euro im Jahr 2009 erreicht.

Martin Kastrup berichtete von der Expertentagung im Frühjahr dieses Jahres, an der das Kollegium des Oberkirchenrates, der Finanzausschuss der Synode, der Synodalpräsident sowie die Gesprächskreisleitungen teilgenommen hatten. Zentrales Ergebnis der Tagung sei ein „Paket“, das Einsparungen bei den Personalkosten und im Immobilienbereich sowie „grundsätzliche strukturelle Veränderungen“ innerhalb der Landeskirche beinhalte, erklärte der Finanzdezernent.

Der Oberkirchenrat plane, den sinkenden Finanzmitteln mit einer Kürzung „aller Bereiche“ um fünf Prozent zu begegnen, kündigte Direktorin Margit Rupp an. Davon könne der Personalbereich, der allein 75 Prozent der landeskirchlichen Ausgaben ausmache, nicht ausgenommen werden. Die in der Personalstrukturplanung angestrebte Reduzierung der Pfarrstellen um 109 Dotationen auf 1701 Dotationen im Jahr 2011 reiche nicht aus, um die Sparvorgabe von fünf Prozent zu erreichen, sagte Rupp. Eine weitere Reduzierung der Pfarrstellen sei nur durch einen Einstellungsstopp oder durch Reduzierung der Gehälter zu erreichen. Letzteres könne sich negativ auf die Motivation der Pfarrerschaft auswirken, ersteres bedeute den „Ausfall ganzer Jahrgänge“. Für den Bereich der Kirchenbeamten und Angestellten kündigte die Direktorin eine Kombination aus Reduzierung der Vergütung und Stellenabbau an.

Ein zweiter Bereich, in dem es zu Einsparungen kommen müsse, sei der Immobilienbestand der Landeskirche, erläuterte Finanzchef Martin Kastrup. Er sehe weder im Oberkirchenrat noch in der Synode die Bereitschaft, Einsparungen im Personalbereich zu tragen, wenn sich die Landeskirche nicht gleichzeitig von Immobilien trenne. Kastrup drängte die Synode, noch in diesem

Jahr „Immobilienentscheidungen“ zu treffen. Grundlage für diese Entscheidung sei eine so genannte „Immobilienreihung“, erklärte er, dabei handle es sich um eine Bewertung der landeskirchlichen Gebäude. Voraussetzungen für Einsparungen seien strukturelle Veränderungen, sagte Kastrup. Zu ihnen zählte Margit Rupp die Neustrukturierung des Bildungsbereichs, die Neuordnung des Oberkirchenrates, ein Gutachten zu den kirchlichen Verwaltungsstellen sowie eine Restrukturierung der Ebene der Kirchenbezirke, Dekanate und Schuldekanate.

Im ersten Halbjahr 2005 seien die Kirchensteuereinnahmen um 15 Millionen Euro gegenüber dem bereits schlechten Vorjahr zurückgegangen, berichtete Martin Kastrup bei der Vorstellung der Mittelfristigen Finanzplanung. Nehme man die Jahre 2004 und 2005 zusammen, ergebe sich ein zu erwartendes Minus von 65 Millionen Euro. Kastrup machte für den erneuten Rückgang in erster Linie die Kappung der Spitzen- und Eingangssteuersätze im Zuge der Steuerreform verantwortlich. In der Mittelfristigen Finanzplanung bis 2009 gehe die Landeskirche von konstant bleibenden Kirchensteuereinnahmen in Höhe von 456 Millionen Euro aus. Sänken die Einnahmen jedoch moderat weiter, hätte die Landeskirche im Jahr 2009 nur noch 419 Millionen Euro zur Verfügung, erklärte Kastrup.

Die Landeskirche dürfe sich nicht auf ihre Rücklagen verlassen, mahnte der Finanzdezernent. Den Rücklagen in Höhe von 750 Millionen Euro stünden Verbindlichkeiten von fast zwei Milliarden gegenüber. Die Herausforderungen seien nur zu bewältigen, wenn Oberkirchenrat und Landessynode gemeinsam an Lösungen arbeiteten. Ob dies gelinge, zeige sich bei den Haushaltsberatungen im kommenden Herbst, die Kastrup eine „Nagelprobe“ nannte.

Die stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses, Inge Schneider, wies in ihrem Bericht auf die Ersatzleistungen für den Religionsunterricht hin. Sie seien die zweite große Einnahmequelle der Landeskirche

neben den Kirchensteuern. Die Ersatzleistungen des Landes deckten nur rund ein Drittel der Kosten. 2004 habe der Religionsunterricht die Landeskirche rund 32 Millionen Euro gekostet. „Wenn wir wenigstens die Hälfte davon bekommen würden, wäre ein Großteil unserer Finanzprobleme gelöst“, sagte Schneider. Die stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses unterstrich die Forderung des Oberkirchenrates, die Ausgaben deutlich zu verringern. Wenn die Landeskirche weiterhin wie in diesem Jahr rund 21 Millionen aus der Ausgleichsrücklage entnehmen müsse, werde die Mindestrücklage im Jahr 2010 unterschritten. Schneider appellierte an alle Beteiligten, auf Besitzstandsdenken zu verzichten. Ganze Pfarrersjahrgänge nicht einzustellen, um Sonderzuwendungen und Immobilien behalten zu können, sei „nicht der richtige Weg für uns als Kirche“, betonte sie.

Der Vorsitzende des Theologischen Ausschusses, Ulrich Mack, wies daraufhin, dass die Landeskirche angesichts eines drohenden Pfarrermangels für das Theologiestudium werben, gleichzeitig aber über finanzielle Kürzungen im Pfarrdienst nachdenken müsse. „Das wirkt nicht gerade werbend“, sagte Mack.



Martin Kastrup: Einsparungen beim Personal und Immobilien verkaufen.

Synode drängt auf zügige Umsetzung der Sparbeschlüsse

Diskussion über evangelische Seminare und Kürzungen von Pfarrergehältern

Gesprächskreisübergreifend übte die Synode zum wiederholten Mal Kritik an der Umsetzung der bereits getroffenen Sparscheidungen im Bildungsbereich. In ihren Reaktionen auf den Bericht des Oberkirchenrates zu den Mittelfristigen Planungen drängten alle drei Gesprächskreise darauf, die Beschlüsse vom

Sommer letzten Jahres zügig zu realisieren. Zudem nahmen die Synodalen Stellung zu den vom Oberkirchenrat angekündigten Sparmaßnahmen. Insbesondere der Verkauf von Immobilien und die Überlegungen der Kirchenleitung, die Pfarrergehälter weiter zu kürzen, waren umstritten.

„Eine derart langsame Reaktion auf einheitlich gefasste Beschlüsse der Synode ist sehr problematisch“, sagte Martin Dolde im Namen des Gesprächskreises Offene Kirche im Blick auf die Umsetzung der Bildungskonzeption.

Die Meinung der Offenen Kirche zum Immobilien-Ranking sei gespalten, sagte Dolde weiter. Einige Gesprächskreismitglieder seien für den Verkauf einer größeren Immobilie, andere sähen dazu keine Notwendigkeit. Die Ranking-Liste dürfe keinesfalls die Diskussion über den Erhalt der Seminare in Maulbronn und Blaubeuren ersetzen, darin sei sich der Gesprächskreis einig. Dolde regte an, über den Verkauf des Schlatterhauses und des Karl-Heim-Hauses in Tübingen nachzudenken und auch das geplante Bettenhaus für die Akademie Bad Boll noch einmal zu diskutieren.

Nach dem Willen der Offenen Kirche solle die Mittelfristige Finanzplanung in Zukunft von der Synode beschlossen und nicht nur wie bisher lediglich zur Kenntnis genommen werden, sagte Dolde. Zudem forderte er eine neue Aufteilung des Haushaltes. Es solle künftig nicht nur zwischen Landeskirche und Kirchengemeinden unterschieden, sondern in einem dritten Teil die Aufwendungen für Pfarrer und Religionslehrer gesondert dargestellt werden. Der in der Personalstrukturplanung angestrebten Reduzierung der Pfarrstellen um 6,2 Prozent bis 2011 stimmt die Offene Kirche nach den Worten Doldes zu. Ob die Landeskirche allerdings 17 Prozent Sonderpfarrstellen benötige, müsse überprüft werden.

Dieser Ansicht war auch Volker Teich in seiner Stellungnahme für den Gesprächskreis Lebendige Gemeinde. Die vom Oberkirchenrat vorgestellte Immobilienreihung begrüßte Teich als „gute Informationsgrundlage“, die der Versachlichung der Diskussion um die Immobilien diene. Die endgültige Entscheidung müsse dann aber „eine politische Entscheidung der Synode“ sein. Teich stellte die Weiterführung der Seminare in Maulbronn und Blaubeuren in

Frage. Ihre Berechtigung hätten sie heute nur noch, wenn sie zu pädagogischen „Spitzenausbildungsstätten“ mit einem klar erkennbaren evangelischen Profil ausgebaut würden. Dann würde jedoch ein Seminar genügen.

Die Lebendige Gemeinde stelle sich hinter die Pläne des Oberkirchenrates, die Personalkosten in allen Beschäftigungsgruppen zu senken, so Teich weiter. Er erinnerte aber daran, dass die Pfarrerschaft in den letzten Jahren die größten Opfer gebracht habe. Teich regte an, bei weiteren Kürzungen nicht die Sonderzuwendungen von Pfarrerrinnen und Pfarrern zu streichen, sondern über ein „ganz anderes Gehaltsgefüge“ nachzudenken, um Berufsanfänger in der Familienphase nicht zu sehr zu belasten.

Nicht einverstanden sei die Lebendige Gemeinde mit dem Vorschlag des Oberkirchenrates, den Pfarramtlichen Hilfsdienst auszusetzen, sagte Teich.

Teich bemängelte, dass die Ersatzleistungen des Landes für den Religionsunterricht viel zu niedrig seien. Das Land denke über die Einführung eines Islam-Unterrichts nach und darüber, diesen voll zu finanzieren. „Das Gleiche fordern wir für den Religionsunterricht“, so Teich weiter.

In seinem Votum für den Gesprächskreis Evangelium und Kirche wies Reinhard Kafka darauf hin, dass auch die Kirchengemeinden gezwungen seien, „weiter an der Sparschraube zu drehen“. Um Gemeindediakoninnen und -diakone nicht unter Druck zu setzen, solle der Oberkirchenrat über deren zentrale Anstellung und eine Zuweisung an die einzelnen Kirchenbezirke analog zum PfarrPlan nachdenken, regte Kafka an. Die Landeskirche habe die Verpflichtung, die Gemeinden in den Blick zu nehmen und auch ihre „wirtschaftliche Situation zu begleiten und zu bewerten“.

Kafka sprach sich dafür aus, bei Bau- und Renovierungsmaßnahmen zu sparen. Die Landeskirche dürfe nicht Gehälter kürzen und Stellen streichen, dabei aber gleichzeitig „Bau- und Sanierungsmaßnahmen an

Kirchen und Gemeindehäusern finanzieren, die schlecht genutzt würden.

Ergänzend zu den Ausführungen Kafkas sagte Joachim Krüger im Namen von Evangelium und Kirche, die Entscheidung der Synode, jährlich drei Personen in den Pfarramtlichen Hilfsdienst aufzunehmen sei angesichts der gegenwärtigen finanziellen Notlage falsch gewesen. Krüger bezweifelte, dass die Pfarrerschaft bereit sei, Kürzungen zu Gunsten junger Kollegen hinzunehmen. Die Pfarrerrinnen und Pfarrer nähmen lieber eine höhere Pastorationsdichte in Kauf.

Wolfgang Schöllkopf erläuterte die Position von Evangelium und Kirche zu den evangelischen Seminaren. Der Gesprächskreis wolle die Seminare „erhalten und stärken“, sagte er. Dazu sei es notwendig, mit dem Land Baden-Württemberg über eine Übernahme der Kosten zu verhandeln.

Werner Schmückle (Stuttgart) und Ulrich Hirsch (Sachsenheim) kritisierten die Umsetzung der Bildungskonzeption, insbesondere die Beteiligung von externen Beraterfirmen an der Umstrukturierung. Dies sei teuer und „mit einem großen Verlust an Vertrauen bei der Mitarbeiterschaft verbunden“, bemängelte Schmückle.

Werner Neudorfer (Weil im Schönbuch) kritisierte die geplante Kürzung der Sonderzuwendungen von Pfarrern und Kirchenbeamten. Die Pfarrerschaft habe in den letzten Jahren bereits auf 17 Prozent ihrer Einkünfte verzichten müssen, sagte Neudorfer. Weiteren Kürzungen werde er nur zustimmen, wenn auch andere Berufsgruppen Verzicht übten. Friedrich Zimmermann (Esslingen) forderte, eine Kürzung der Bezüge von Pfarrerrinnen und Pfarrern müsse sich „in weniger Arbeit niederschlagen“.

Margarete Mühlbauer (Schwäbisch Hall) und Christa Maier-Johannsen (Weissach) entgegneten, dass es den Pfarrerrinnen und Pfarrern im Vergleich zu anderen Berufsgruppen gut gehe. Weniger Gehalt würde niemanden abschrecken, sagte Maier-Johannsen, die Sicherheit im Pfarrberuf sei „ein großes Plus auch für junge Leute“.

„Familie wird mehrheitlich bejaht, aber weniger gelebt“

Synode nimmt sich Zeit für das „Zukunftsmodell Familie“ – Schwerpunkttag als Zwischenstation

Beinahe einen ganzen Tag hat sich die Synode Zeit genommen, um über das „Zukunftsmodell Familie“ zu sprechen. Ein Thema, das unter großer Beteiligung in Kirchenbezirken und Prälaturen vorbereitet worden war. Die Diskussion geht weiter. Der Schwerpunkttag ist „nicht das Ende eines Prozesses, sondern eine Zwischenstation“, so Hartmut Hühnerbein, Vorsitzender des

Ausschusses für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit. Den Auftakt bildeten Referate von Brunhilde Raiser, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates und Erich Stutzer, Leiter der Familienpolitischen Forschungsstelle des Statistischen Landesamtes. Die Landesregierung war durch ein Grußwort von Johanna Lichy, Staatssekretärin im Sozialministerium, vertreten.

Familie sei ein „Grundpfeiler unserer Gesellschaft“, der für die Zukunft von Kirche und Gesellschaft Existenz sichernde Bedeutung habe. So führte Horst Neugart, Präsident des Kirchenparlaments, ins Thema ein. Er beschrieb Familie als „Keimzelle für den christlichen Glauben“ und erklärte, die Gesellschaft werde nur dann über eine humane und soziale Kraft verfügen, wenn sie familien- und kinderfreundlich sei.

„Die Zahl der Eheschließungen sinkt, die Zahl der Scheidungen steigt“, sagte Johanna Lichy, Staatssekretärin im Sozialministerium. Statistiken belegten, dass Ehe und Familie nur eine Option unter vielen seien. Dies habe langfristig einen tief greifenden Wandel zur Folge mit Auswirkungen auf Kinderbetreuung und Bildung, die Arbeitswelt oder das Gesundheitswesen. Es gelte, den Alltag von Müttern und Vätern zu erleichtern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten.

Die Auswirkungen der alternden Gesellschaft seien bereits heute spürbar. Darauf



Horst Neugart: Die Familie ist ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft, der für die Zukunft von Kirche und Gesellschaft Existenz sichernde Bedeutung hat.

wies der Leiter der Familienpolitischen Forschungsstelle des Statistischen Landesamtes, Erich Stutzer, hin. So gebe es seit dem Jahr 2000 in Baden-Württemberg erstmals mehr über 60-Jährige als unter 20-Jährige. Seit dem Jahr 2002 sei erstmals ein deutlicher Rückgang der Kindergartenkinder zu verzeichnen, seit 2004 gebe es mehr Erwerbspersonen im Alter von mehr als 40 Jahren als unter 40 Jahren im Land. Stutzer plädierte für eine Öffnung von Bildungschancen, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine bessere Finanzausstattung von Familien und den Ausbau der Familienbildung.

Familienpolitik müsse einen eigenen Stellenwert haben und dürfe nicht nur als Teil der Frauenpolitik verstanden werden, forderte Brunhilde Raiser, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates. Ansonsten betrachte man kinderlose Frauen als defizitär, was sowohl dem Grundgesetz als auch dem christlichen Menschenbild widerspräche. Christinnen und Christen sollten Familie dort sehen, wo verantwortlich und beständig durch eine oder mehrere Bezugspersonen für Kinder gesorgt werde. Dazu zählten Ein-Eltern-Familien, Patch-Work-Familien, Adoptiv- und Stieffamilien wie auch die Familien gleichgeschlechtlicher Eltern.

Die Kirche solle das „Diktat der Arbeitswelt“ als nachrangig betrachten und die Interessen von Familie und Arbeitswelt im Sinne einer „work-life-balance“ gleichwertig miteinander abgleichen. Dass Familie „mehrheitlich bejaht, aber zunehmend weniger gelebt“ werde, habe auch mit Kostengründen zu tun. Nach wie vor seien Kinder ein Armutrisiko. Es gelte deshalb, für eine finanzielle Entlastung, eine zielgerechte Infrastruktur und flexible Zeitregelungen zu sorgen und durch Auflösung der Rushhour zu einer früheren Lösung junger Menschen vom Elternhaus beizutragen. Familie habe dann eine Zukunft, „wenn sich weder Kirche noch Gesellschaft den Schattenseiten von Familie verschließen“.

Thema „Familie“ in den Ausschüssen

Mehrere Anträge zur Weiterbearbeitung verwiesen

Die synodalen Ausschüsse Bildung und Jugend sowie Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit befassen sich auch nach dem Synodaltag „Zukunftsmodell Familie“ noch mit den Themen Familie, Eltern und Kinder. Fünf Anträge dazu wurden in die Fachausschüsse verwiesen.

In einem der Anträge wurde der Oberkirchrat gebeten, sich mit aktuellen Fragen der Kindertagesbetreuung in evangelischer Trägerschaft zu beschäftigen. Der Antrag wurde an den Ausschuss Bildung und Jugend verwiesen.

Der gleiche Ausschuss soll erarbeiten, wie Kirchengemeinden ihre Kindergärten stärken und auf finanzielle Veränderungen vorbereiten können.

Der Antrag zur Verbesserung der Situation von Familien wurde an den Ausschuss Kirche

Gesellschaft und Öffentlichkeit (KGÖ) verwiesen. In Modellversuchen soll demnach getestet werden, wie Eltern mit Kindern besser unterstützt werden könnten.

Die Bitte, das Referat von Brunhilde Raiser zusammen mit den Thesen zum „Zukunftsmodell Familie“ zu veröffentlichen, wurde ebenfalls in den KGÖ verwiesen.

Der KGÖ soll ebenfalls prüfen, ob „Total-E-Quality“ in die Öffentlichkeitsarbeit aufgenommen und ob mit dem verliehenen Prädikat aktiv geworben werden kann.

Die Familie ist ohne Alternative

Synode verabschiedet neun Thesen, um Familien zu stärken

Als Keimzelle menschlichen Lebens, zu der es keine Alternative gebe, bezeichnete Hartmut Hühnerbein, Vorsitzender des Ausschusses für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit, die Familie. Er begrüßte, dass sich durch Workshops und

Fachveranstaltungen so viele beim Schwerpunktthema „Zukunftsmodell Familie“ engagierten. Die Synode beschloss neun Thesen, die der Ausschuss anhand von drei Fragestellungen erarbeitet hatte.

Mit dem Leitsatz „Wir wollen die Familien stärken“ seien die ersten drei Thesen entwickelt worden: Der Ausschuss fordere zum einen Verlässlichkeit für Menschen und damit die Familie als Schutzraum. Zum anderen bräuchten Menschen Mut zum Leben mit Kindern und Vertrauen auf Gott. Drittens, erklärte Hühnerbein, benötigen Familien Verbündete, damit die Familie in Lebensplanung und Alltag Vorrang haben könne.

Unter der Überschrift „Wie können wir in unseren Gemeinden Familien stärken?“ ermutige These vier zu Austausch und Begleitung der Familien in den Kirchengemeinden. Die fünfte These beschäftige sich mit der Glaubensgemeinschaft und Glaubensvermittlung der Gemeinden. Weiterhin sei der Gemeindeaufbau durch vielfältige, auch niederschwellige Angebote für Familien wichtig. Drei Thesen seien unter der Fragestellung „Wie können wir als Landeskirche die Familien stärken?“ formuliert worden. Familien würden derzeit nicht hinreichend unterstützt. Das Thesenpapier fordere daher in Punkt sieben veränderte finan-

zielle und strukturelle Rahmenbedingungen. In der achten These bemängelte der Ausschuss die geringe Anerkennung: Er unterstütze die Gleichstellung von Familie und Erwerbstätigkeit. Schließlich sollten kirchliche Arbeitgeber auf familienfördernde Arbeits- und Arbeitszeitregelungen achten. In ihrem Votum für den Gesprächskreis Lebendige Gemeinde forderte Tabea Dölker familienfreundliche Lebensverhältnisse. Sie trat vor allem für die „vorbehaltlose Annahme von Kindern mit ihren je eigenen Lebensbedürfnissen“ sowie eine bessere wirtschaftliche Stellung von Familien und Alleinerziehenden ein.

Ursula Pfeiffer sprach sich im Namen des Gesprächskreises Offene Kirche für die Wertschätzung der Familien „so, wie sie sind und nicht, wie sie in unsere kirchlichen Strukturen passen“ aus. Die soziale Herkunft von Kindern und Jugendlichen dürfe nicht länger über ihren Bildungserfolg entscheiden.

Hartmut Häcker sagte für den Gesprächskreis Evangelium und Kirche, dass er mit den abgeänderten Thesen einverstanden sei.

Für den Synodalen Volker Teich (Tübingen) richtet sich die heutige Familienpolitik zu stark „auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ aus. Er forderte eine Kirche, die einspringe, wo Familien zerbrechen würden.

Das Thesenpapier schließe Menschen aus, die nicht in ihrem gesamten Leben „Heimat und Raum zum Leben finden“ sagte Cornelia Brox (Lenningen) und wünschte sich ein neues Rollenverständnis von Müttern und Vätern. Matthias Treiber (Heilbronn) bemerkte, dass Familie in These sechs funktionalisiert werde. Familie „dient hier dem Gemeindeaufbau, und das schreckt ab“.

Auf Familienkommunitäten als „beachtungswertes Modell des Zusammenlebens christlicher Familien“ und die Integration von migranten Familien machte Helmut Mergenthaler (Walheim) aufmerksam. Rotraut Knodel (Illingen) wollte die Frage nach der Zielgruppe, an die sich das Thesenpapier wendet, beantwortet wissen.

Inge Schneider (Schwaikheim) sprach sich für die bessere Anerkennung von Erziehungs- oder Pflegetätigkeit und ein höheres Kindergeld ab dem dritten Kind aus.



Zukunftsmodell 66
FAMILIE

Dokumentation „Zukunftsmodell Familie“

Alle Vorträge zum Schwerpunkttag finden Sie unter www.elk-wue.de.
Ab August kann eine Dokumentation zum Synodaltag bestellt werden:
Evangelisches Medienhaus GmbH | Augustenstraße 124 | 70197 Stuttgart
Fax 0711 22276-81 | komm.emh@elk-wue.de

Reduzierung bei den Pfarrstellen

Landessynode stimmt den Planungen beim PfarrPlan 2011 zu

Die Landessynode hat die Fortentwicklung des PfarrPlans 2006 zur Kenntnis genommen. Eine Beschlussfassung über den PfarrPlan 2011 ist für die Haushaltsberatungen 2007 vorgesehen. Es wird dann nur noch 1.476 rechnerische Vollzeitstellen als Gemeindepfarrstellen geben. Für den PfarrPlan 2006 lag diese Zahl noch bei 1.545,75. Die Zahl der Pfarrer wird höher sein, da es weiterhin reduzierte Dienstaufträge geben wird.

Der PfarrPlan 2011 sei in enger Kooperation zwischen der Arbeitsgruppe „PfarrPlan“ des Oberkirchenrats und des Sonderausschusses „PfarrPlan“ der Synode erarbeitet worden, erklärte die Personaldezernentin, Ilse Junkermann. Die Pfarrervertretung sei mit einbezogen gewesen, und die Dekaninnen und Dekane seien regelmäßig informiert worden. Auch die gewählten Vorsitzenden der Kirchenbezirkssynoden seien grundlegend informiert worden. Durch die Veränderungen würden die Kirchengemeinden gestärkt, so Junkermann. In Zukunft würden bereits Kirchengemeinden ab 2.800 statt mit 3.000 Gemeindegliedern mit anderthalbfachem Gewicht berücksichtigt, und entsprechend werde auch die Gemeindegliederzahl für die Doppeltwertung von 6.000 auf 5.600 gesenkt.

Für Krankenhauspfarrstellen zeichnet sich ebenfalls eine Veränderung ab, mit welcher auf die Veränderungen in der Krankenhauslandschaft reagiert werde. „Seelsorge wird verstärkt nach der Akutphase gebraucht“, sagte Junkermann, daher würden mehr Stellen für Rehabilitationseinrichtungen geschaffen werden. Auch beim Religionsunterricht werden sich Veränderungen ergeben, erklärte die Personaldezernentin. Die genauen Auswirkungen auf die einzelnen Stellen ließen sich allerdings noch nicht genau vorhersagen. Eine grundsätzliche Veränderung der Deputatzuweisung sei allerdings von den Gremien abgelehnt worden.

Junkermann sagte: „Der Zahl der rechnerisch vollbeschäftigten Personen im Jahr 2011 entspricht die Zahl der Dotationen – das sind 1.701. Davon werden 280 Stellen für den Sonderpfarrdienst abgezogen, das sind 16,5 Prozent.“ Auf diese Weise bleibe es beim Sonderpfarrdienst bei einem Anteil von etwa 16 bis 17 Prozent am gesamten Pfarrdienst. Weiter würden 45 Stellen für bewegliche Pfarrstellen außerhalb des regulären Stellenplans abgezogen. 100 Stellen würden als Vakaturrate im Pfarrdienst insgesamt dazu gezählt. „Dies

ergibt die Zahl von 1.476. Die Stellenzahl, die für den Gemeindepfarrdienst im Jahr 2011 zur Verfügung stehen“, so Ilse Junkermann.

Die einzelnen Kirchenbezirke werden unterschiedlich starke Veränderungen erleben. Die Mitarbeitenden am PfarrPlan 2011 hätten versucht, den Trend in der Bevölkerungsentwicklung mit in ihre Planungen einzuarbeiten.

Das führe dazu, dass in einigen großen Kirchenbezirken mehr als drei Pfarrstellen eingespart werden müssen. Fast alle Bezirke seien von Streichungen betroffen, erklärte Junkermann. Lediglich zwei Bezirke, nämlich Biberach und Ravensburg, erhalten nach dem PfarrPlan 2011 aufgrund der Zunahme der Gemeindeglieder ein leichtes Stellenplus von 0,5 und 0,75 Stellen.

In der nächsten Woche, so die Oberkirchenrätin, werden die Zielzahlen an die Kirchenbezirke bekannt gegeben. Dann solle in den Bezirken in einem Sonderausschuss über die örtliche Umsetzung beraten und bis spätestens März 2006 der gefasste Beschluss an die Landeskirche zurückgemeldet werden. Anschließend werde die Synode nach Beratung im PfarrPlan-Sonderausschuss den endgültigen Stellenplan im Zusammenhang mit dem Haushaltsplan 2007 beschließen. Zur Umsetzung in den Kirchenbezirken hat das Personaldezernat eine umfangreiche Dokumentensammlung im Internet (www.oberkirchenrat.de/d4/pp) bereitgestellt.

Der Vorsitzende des Sonderausschusses „PfarrPlan 2011“, Heinz-Werner Neudorfer, ermahnte die Synode: „Diese Überlegungen entheben uns nicht der Pflicht, über eine konzentrierte Neu-Organisation des Pfarrdienstes in unserer Kirche nachzudenken. Wie können Pfarrerinnen und Pfarrer auch Ende der 20er Jahre dieses Jahrhunderts bei geringer Pastorationsdichte ihre vornehmste Aufgabe erfüllen, nämlich die Gute Nachricht von Jesus Christus in Predigt, Seelsorge und Unterricht den Menschen nahe zu bringen?“

Landesbischof verabschiedet

Der Präsident der Synode, Horst Neugart, verabschiedete bei der Sommertagung Landesbischof Gerhard Maier. Neugart bezeichnete Maier als einen Menschen, „der in großer Bescheidenheit und geistlich überzeugend unsere Kirche als Landesbischof geleitet hat“. Er lobte Maiers „deutlich biblisch begründete Positionen in ethischen Fragen“ und sein Ansinnen, Diakonie und Kirche wieder enger zu verbinden. Die große Präsenz von Maier bei den Synodaltagungen sei ein Zeichen der Wertschätzung der vielen Ehrenamtlichen gewesen, so Neugart. Auch die wissenschaftliche Arbeit und die Weitergabe theologischen Wissens sei untrennbar mit Maier verbunden. Neugart überreichte dem scheidenden Landesbischof nach viereinhalb Amtsjahren im Namen der Synode eine Faksimile-Exklusivausgabe der Kupferbibel von Matthäus Merian. Für die Ehefrau des solchermaßen Geehrten gab es ein Rosenbäumchen für den neuen Garten in Tübingen.

Maier bezeichnete das Bischofsamt im Rückblick als ein Amt, „das viel Liebe spüren lässt, auch viel Offenheit erfährt, ein Amt, in dem man auch wieder ganz neue Erfahrungen des Lebens und mit Gott macht“. Er bezeichnete die Entwicklung der Landessynode in den letzten Jahren als einen Weg zu mehr Gemeinsamkeit. Auf diesem Weg, das sei sein Wunsch, solle die Synode weitergehen.

Ausbildungszeit für Pfarrer verkürzen

Der Oberkirchenrat soll Möglichkeiten prüfen, die Ausbildung von Pfarrern auf höchstens acht bis neun Jahre zu konzentrieren. In der Begründung wurde darauf hingewiesen, dass die Ausbildung zur Pfarrerin beziehungsweise zum Pfarrer vom Studienbeginn bis zur Ernennung auf die erste ständige Stelle derzeit etwa zwölf Jahre dauere. Vergleichbare Ausbildungsgänge beim Staat und in der Wirtschaft seien häufig deutlich kürzer. Auch im Blick auf die biografische Leistungskurve eines Berufslebens gingen damit Zeiten besonderer Energie und Motivation verloren. Der Antrag wurde an den Theologischen Ausschuss verwiesen.

Konfessionelle Kirchenbünde werden in die EKD integriert

Synode stimmt der Änderung der Grundordnung der EKD zu

Die Landeskirchen in Deutschland wollen ihre konfessionellen Kirchenbünde in die Struktur der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) integrieren. Dazu ist eine Änderung der Grundordnung der EKD notwendig. Fast alle Landeskirchen sind entweder in der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche

Deutschlands (VELKD) oder in der Union Evangelischer Kirchen (UEK) organisiert. Die Evangelische Landeskirche in Württemberg gehört keinem der beiden konfessionell orientierten Kirchenbünde an, hat aber sowohl in der UEK als auch in der VELKD Gaststatus.

Die Änderung der Grundordnung der EKD wird dazu führen, dass viele Arbeiten innerhalb der Kirchen in Deutschland nicht mehr doppelt oder dreifach gemacht werden. Bisher wurden viele Themen sowohl auf EKD-Ebene als auch auf Ebene der beiden konfessionellen Kirchenbünde diskutiert. Diese Arbeit soll nun im Kirchenamt der EKD in Hannover zusammengefasst werden. Dort werden die Geschäftsstellen der VELKD und der UEK in die Arbeitsstruktur des Kirchenamts unter je einer Vizepräsidentin beziehungsweise einem Vizepräsidenten und Beibehaltung der konfessionellen Unterschiede eingegliedert.

Für Württemberg bedeutet dies, dass die Landeskirche nur indirekt von der Änderung betroffen sein wird. Durch ihren Gaststatus bei der VELKD und der UEK wird sie weiterhin direkten Einfluss auf

die Diskussionen und Beschlussfassungen haben.

Die wohl wichtigste Änderung ist die Schaffung von „Konventen“ in der Kirchenkonferenz der EKD. Die Kirchenkonferenz ist innerhalb der EKD so etwas wie der Bundesrat auf bundespolitischer Ebene. Die jeweiligen Gliedkirchen der EKD, die Mitglied bei der VELKD beziehungsweise UEK sind, bilden jeweils einen Konvent. Die „blockfreien Kirchen“, gegenwärtig nur Oldenburg und Württemberg, können in einen der beiden Konvente aufgenommen werden.

Die Direktorin im Oberkirchenrat, Margit Rupp, sagte: „Das Miteinander der Gliedkirchen in der Gemeinschaft der EKD lässt es politisch ratsam erscheinen, jetzt Farbe zu bekennen und zu signalisieren: Die Evangelische Kirche in Deutschland kann mit der Unterstützung der Evangelischen Landes-

kirche in Württemberg bei ihrer Strukturreform rechnen.“ Sie betonte, die Strukturreform ermögliche die „Stärkung einer profilierten evangelischen Präsenz in Gesellschaft und Öffentlichkeit“ und „die Konzentration der Kräfte durch sorgsamem Umgang mit verfügbaren Ressourcen, Abbau von Doppelstrukturen sowie Verbesserung der Kommunikation und Kooperation“.

Das Mitglied des Rechtsausschusses, Christian Heckel (Sigmaringen), sagte, jetzt könnten „die gliedkirchlichen Zusammenschlüsse ihren Auftrag nicht mehr nur neben, sondern auch innerhalb der EKD wahrnehmen“. Darüber hinaus freue sich der Rechtsausschuss „dass die Einbindung der UEK und der VELKD in die EKD durchaus sinnvoll sei, um in Zukunft Kosten durch den Abbau von Verwaltungen einsparen zu können“.

Volker Teich (Tübingen) unterstützte die Veränderung und regte an, dass die „Südschiene“, die Landeskirchen Baden, Bayern und Württemberg, verstärkt kooperieren sollten, damit der Süden Deutschlands nicht abgehängt werde.

Marc Dolde (Gäufelden) hob die maßgebliche Beteiligung von Oberkirchenrätin Margit Rupp an dem erarbeiteten tragfähigen Kompromiss hervor. Man sei so dem Ziel näher gekommen, die verstärkte Profilierung des Protestantismus in Deutschland voranzutreiben

Landesbischof Gerhard Maier wies daraufhin, dass es innerhalb der „Südschiene“ schon einen intensiven Kontakt gebe. Er habe sich zur Profilierung des Protestantismus in Deutschland bei Äußerungen der EKD, die inhaltlich württembergischer Theologie entsprächen, mit eigenen Äußerungen zurückgehalten. Auch müsse man in Zukunft darüber nachdenken, was es denn bedeute, dass Württemberg eine lutherische Kirche sei.

Die Landessynode nahm das Vorhaben zustimmend zur Kenntnis und bat den Oberkirchenrat, dieses der EKD mitzuteilen.

Bischof verleiht Familienpreis

Gemeinden für familienfreundliches Engagement ausgezeichnet

Drei württembergische Kirchengemeinden hat Landesbischof Gerhard Maier für ihr familienfreundliches Engagement ausgezeichnet. Der mit 3.000 Euro dotierte Preis ging zu gleichen Teilen an die Kirchengemeinde Aalen, die Matthäusgemeinde Hessental und die Kirchengemeinde Stuttgart-Gaisburg.

Die Kirchengemeinde Aalen habe eine familienbezogene Gemeindekonzeption entwickelt. Innerhalb der letzten zehn Jahre hätten zahlreiche Gruppen Freizeit- und Bildungsangebote aufgebaut: Neben Kleinkindergottesdiensten, ökumenischer Bildungsarbeit und Kinderkirche veranstalte die Gemeinde Freizeiten und Schülermittagen.

Die Matthäusgemeinde Hessental sei eine junge Gemeinde, ein sozialer Brennpunkt. Mit einem Gemeindeaufbauverein, einem Kinderaktionstag, Straßenkinderprojekten oder Jugendgottesdiensten engagiere sich die Matthäusgemeinde für eine „generationenübergreifende glaubensentwickelte Gemeindegemeinschaft“, so Maier.

Im Gemeindeentwicklungskonzept der Kirchengemeinde Stuttgart-Gaisburg stehe die Vernetzung aller Aktivitäten mit der Stadtteilarbeit und der Kommune im Mittelpunkt. Ein runder Tisch, eine AG Jugend, Kinderbibeltage oder eine Elternakademie füllten das Konzept mit Leben.

Die ausgezeichneten Kirchengemeinden präsentierten sich und ihre Gemeindegemeinschaft während des Schwerpunkttages „Zukunftsmodell Familie“ mit Ständen im Foyer des Hospitalhofs. Um den Preis „Familienfreundliche Gemeinde“ hatten sich 20 Kirchengemeinden beworben.

Der Preis wurde zum ersten Mal verliehen, Maier hofft aber, dass der Preis künftig alle zwei Jahre ausgelobt werden könne.

Streit um Dienstauftragsbegrenzung

Anstellungserweiterungsgesetz soll weitere zehn Jahre gelten

Das Anstellungserweiterungsgesetz soll für weitere zehn Jahre gelten. Das forderte Oberkirchenrat Erwin Hartmann und legte der Synode ein entsprechendes Änderungsgesetz vor. Die Regelungen hätten sich in der Praxis bewährt.

Erwin Hartmann erläuterte die Regelungen des Anstellungserweiterungsgesetzes: Der Dienstauftrag eines ständigen Pfarrers mit uneingeschränktem Dienstauftrag könne für maximal drei Jahre um 25 bis 50 Prozent reduziert werden.

Weiterhin könne ein ständiger Pfarrer ein Freihalbjahr bei laufenden Dienstbezügen nehmen. Dafür arbeite er dreieinhalb Jahre in vollem Umfang bei reduzierten Bezügen und werde danach ein halbes Jahr freigestellt.

Für Theologenehepaare sei der Dienstauftrag begrenzt, erklärte Hartmann. Seien beide Ehepartner im unständigen Dienst, erhielten sie maximal einen vollen Dienstauftrag, sei ein Ehegatte bereits im ständigen Pfarrdienst, bekämen sie maximal ein-einhalb Dienstaufträge.

Unständige Pfarrer könnten für längstens zwei Jahre auch ohne ihre Zustimmung vom Dienst beurlaubt oder im Dienstauftrag eingeschränkt werden.

Laut Hartmann lehne es die Pfarrervertretung ab, das Gesetz zu verlängern, solange damit weiterhin der Dienstauftrag von Theologenehepaaren im unständigen Dienst begrenzt werde. Der Oberkirchenrat wünsche sich zwar, Dienstaufträge unständiger Pfarrer nicht begrenzen zu müssen, erklärte Hartmann. „Mit lediglich freiwilligen Möglichkeiten zur Reduzierung der Dienstaufträge“ könne die notwendige Teildienstquote nicht erfüllt werden, so Hartmann weiter. Er plädierte daher dafür, die Gültigkeit der Regelung zu verlängern.

In der anschließenden Aussprache kritisierten einige Synodale die zwangsweise Kürzung der Anstellungsmöglichkeit für unständige Pfarrerinnen und Pfarrer.

Der Synodale Joachim Krüger (Friedrichshafen) sagte: „Wir zwingen die Unständigen für weitere zehn Jahre in die Zwangsstellenteilung, und das bei abgesenkten Eingangsbezügen. Was wir jungen Familien zumuten, wenn sie zwei oder drei kleine Kinder haben, ist schon erheblich.“ Weiter forderte er „Auswege zu finden, auch finanziell, um die Jungen solidarischer in unsere Dienstgemeinschaft einzubinden“.



Erwin Hartmann: Mit lediglich freiwilligen Möglichkeiten zur Reduzierung der Dienstaufträge kann die notwendige Teildienstquote nicht erfüllt werden. Deshalb soll die Dienstauftragsbegrenzung für weitere zehn Jahre gelten.

Gitta Klein (Remshalden) ergänzte: „Wir können nicht an dem einen Tag über junge Familien und deren Förderung sprechen und am nächsten Tag beschließen, dass unsere jungen Pfarrerehepaare – und ich betone Ehepaare – mit einem Gesetz oder einer Vorschrift so benachteiligt werden.“

Diese Anfragen an das Gesetz wurden auch von Otto Schaudé (Reutlingen) ausdrücklich unterstützt. Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung an den Rechtsausschuss verwiesen.

Armutsbereich gefordert

Bezugnehmend auf den Beschluss des Diözesanrates der Diözese Rottenburg-Stuttgart hat die Landessynode den Oberkirchenrat gebeten, die Landesregierung aufzufordern, „für Baden-Württemberg einen Armuts- und Reichtumsbericht zu erstellen. Dieser soll von einer unabhängigen Einrichtung erarbeitet werden“.

Hartmut Fleischmann (Gerstetten) betonte in seiner Einbringungsrede die Notwendigkeit, „dass die Kirchen gemeinsam ökumenisch sprechen“ und „dem Land gegenüber ihr Gewicht zum Ausdruck bringen“.

Änderung beschlossen

Die Landessynode hat das kirchliche Gesetz zur Änderung der Kirchengemeindeordnung, der Kirchenbezirksordnung und des kirchlichen Verbandsgesetzes einstimmig beschlossen. Laut Rainer Müller, Vorsitzender des Rechtsausschusses, lag einer der Schwerpunkte der Gesetzesnovellierung bei den Ausschussregelungen. Demnach darf künftig die Zahl der kirchengemeinderatsfremden Ausschussmitglieder für beschließende Ausschüsse ein Drittel nicht übersteigen. Die alte Regelung sah noch ein Viertel vor. „Den Wunsch allerdings, den Anteil auf die Hälfte zu erhöhen, können wir uns nicht zu eigen machen“, so Müller.

Mit Blick auf die kommenden Kirchenwahlen wurde auch die Bildung von Parochieausschüssen beschlossen. Demnach können in Kirchengemeinden mit mehreren Seelsorgebezirken oder Gottesdienstorten Parochieausschüsse gebildet werden, denen alle Aufgaben des Kirchengemeinderats nach der Kirchengemeindeordnung übertragen werden. Damit würden, so Müller, positive Erfahrungen aus den Strukturproben aufgegriffen. Eine Öffnung für weitere Fälle zur Bildung von Parochieausschüssen werde im Rechtsausschuss erwogen, konnte aber aufgrund des Zeitdrucks nicht mehr abschließend beraten werden. Eine spätere Novellierung sei aber nicht ausgeschlossen. Neu ist zudem, dass die einzelnen Paragraphen der Kirchengemeinde- und Kirchenbezirksordnung zur besseren Lesbarkeit Überschriften erhalten.

Abendmahl und Verkündigung in Einheit

Leitung der Abendmahlsfeier braucht fundierte Ausbildung

Der Oberkirchenrat hat geprüft, inwiefern es kirchenrechtlich möglich ist, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Gemeindegruppen Abendmahlsfeiern leiten. Das Ergebnis stellte Oberkirchenrat Heiner Küenzlen der Synode vor: Abendmahl und Wortverkündigung gehörten untrennbar zusammen, deshalb könnten Abendmahlsfeiern nur von Personen geleitet werden, die dafür ausgebildet seien. Eine Arbeitsgruppe denkt nun darüber nach, wie eine solche Ausbildung aussehen könnte.

„Die Leitung von Abendmahlsfeiern ist unlösbar an die öffentliche Wortverkündigung gebunden“, deshalb könne es „keine Ermächtigung zur Leitung von Abendmahlsfeiern ohne Beauftragung zur öffentlichen Verkündigung geben“, sagte Küenzlen in seinem Bericht vor der Synode. Der Oberkirchenrat kam damit einem Antrag der Synode vom Juli letzten Jahres nach, die rechtlichen Voraussetzungen für eine Beauftragung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Leitung von Abendmahlsfeiern in Gemeindegruppen wie etwa Hauskreisen und bei besonderen Anlässen wie beispielsweise Freizeiten zu prüfen.

Da Abendmahl und Verkündigung zusammengehörten, so Küenzlen weiter, sei die Kirche dazu verpflichtet, „für eine entsprechende theologische Bildung, die Bekenntnisbindung und die Visitation der Beauftragten zu sorgen“.

Der Oberkirchenrat habe eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die prüfe, wie und ob ein entsprechender Ausbildungskurs, der zur öffentlichen Verkündigung und zur Leitung von Abendmahlsfeiern berechtigt, praktikabel sei. Ein solcher Kurs müsse sich zeitlich und inhaltlich an der Lektorenausbildung orientieren, erklärte Küenzlen. Alternativ zu

einem neuen Ausbildungskurs erwäge die Arbeitsgruppe deshalb, die bereits bestehenden Lektorenkurse zu revidieren und zu öffnen, so Küenzlen.

Angesichts dieser hohen Anforderungen wies er auf die Möglichkeit der Agape-Feier hin. Der Ergänzungsband des neuen Gottesdienstbuches enthalte einen Vorschlag für diese „besonders festliche Mahlzeit unter Christen“.

In seiner Stellungnahme bestätigte der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Rainer Müller, die Auffassung des Oberkirchenrats. Nach geltendem Kirchenrecht sei die Ermächtigung zum Abendmahl nicht zwingend auf ordinierte Pfarrerinnen und Pfarrer beschränkt, gefordert werde aber eine angemessene Ausbildung, sodass die stiftungsgemäße Austeilung gewährleistet sei.

Es liege jedoch im Ermessen des Oberkirchenrates zu entscheiden, wie diese Ausbildung auszusehen habe. Die Kirchenleitung müsse zwar auf „ökumenische Verlässlichkeit“ und die „zentrale Bedeutung des Pfarramts“ achten. Ebenso wichtig sei aber, geistliches Leben zu fördern und nicht einzuengen, sagte Müller. Er regte an, die Ausbildung „ohne wesentliche Absenkung des Ausbildungsniveaus“ zu verkürzen.

Beteiligung an Oikocredit erhöhen

Die Synode hat einen Antrag an den Finanzausschuss verwiesen, die Beteiligung der Landeskirche an der Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft Oikocredit auf 150.000 Euro zu erhöhen.

In der Begründung des Antrages wurde darauf hingewiesen, dass die jetzige Beteiligung der württembergischen Landeskirche im Vergleich zu anderen Landeskirchen sehr bescheiden sei. Dies entspräche nicht der Tradition einer missionarisch besonders aktiven Landeskirche. Es sei wichtig, dort zu helfen, wo Menschen mit eigener Arbeit aus der Armut herauskommen wollen, betonte Winfried Dalferth (Nattheim).

Grüße aus Guatemala

Der württembergische Pfarrer Christoph Schweikle versieht seinen Dienst als EKD-Auslandspfarrer gegenwärtig in Guatemala und El Salvador. In einem Grußwort an die Synode sagte er, dass die evangelische wie die katholische Kirche in Mittelamerika gegenwärtig stark unter Druck seien. Pfingstlerische und neupfingstlerische Gruppen brächten viel Unruhe in die Gemeinden. Auch habe sich die Situation unter den etablierten Gemeinden geändert, selten würden sich noch Gemeinden, auch innerhalb einer Konfession, über den Weg trauen. Aber auch das ökumenische Gespräch sei schwierig. Selbst bei den Lutheranern gäbe es unter 2.500 lutherischen Christen fünf Kirchen. Da sei es wohlthuend, wenn die deutsche Gemeinde, aus dem lutherischen Mutterland stammend, Einladungen aussprechen könne, die von allen gerne angenommen würden.

Die deutschsprachige Gemeinde versammelt Christen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und einheimische Deutschstämmige zu Gottesdiensten und diakonischer Arbeit. Die Schere zwischen arm und reich sei riesig im Land, und dieses mache sich auch in der Gemeinde bemerkbar.

Schweikle bedankte sich bei der Landeskirche, dass ihm die Übernahme des Dienstauftrages ermöglicht worden sei, und er freue sich, weitere drei Jahre dort arbeiten zu können.



Die Landessynode trifft sich zu ihrer Herbsttagung vom 21. bis 24. November 2005 im Stuttgarter Hospitalhof. Schwerpunkt dieser Tagung werden die landeskirchlichen Haushaltsberatungen sein.

Krisenprävention in Europa

Der Ausschuss für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit soll eine Stellungnahme erarbeiten, die die württembergischen Parlamentsabgeordneten im Europäischen Parlament und die Vertreter der Kirchen bei den europäischen Institutionen um Einsatz für die noch fehlende Institutionalisierung der Krisenprävention und der gewaltfreien, friedlichen Konfliktregelung in Europa bittet. Die Stellungnahme soll dazu beitragen, dass sich die Menschen in den europäischen Institutionen im Sinne des Friedensauftrages der Kirche für Förderung der friedlichen Gestaltung des Zusammenwachsens des Kontinents verwenden. Konkret soll die Einrichtung einer Agentur zur Verbesserung ziviler Fähigkeiten und Förderung von Friedensdiensten geschaffen werden, die der Krisenprävention und der gewaltfreien Konfliktlösung dienen möge. Sie sollte finanziell und organisatorisch nicht schlechter gestellt sein als die Europäische Rüstungsagentur, die bereits von den nationalen Regierungen beschlossen wurde. Eine gewaltfreie Konfliktregelung müsse aus Sicht der Kirche immer Vorrang haben, so der Antrag.

Kosten für Mitarbeitervertretung

Der Synodale Michael Fritz (Ludwigsburg) hat in einer förmlichen Anfrage den Oberkirchenrat gebeten, die jährlichen Kosten für die Arbeit der Mitarbeitervertretung (MAV) zu erheben.

Oberkirchenrat Erwin Hartmann beantwortete die Anfrage. Er könne zwar aus dem Stand keine „stabilen Zahlen“ nennen, immerhin aber die Größenordnung deutlich machen, sagte Hartmann. Seinen Angaben zufolge ließen die Einnahmen und Ausgaben auf landeskirchlicher Ebene einen Deckungsbedarf von rund 355.000 Euro entstehen.

Die Mitarbeitervertretung des Oberkirchenrats ohne die landeskirchlichen Einrichtungen erfordere einen Deckungsbedarf von 57.500 Euro. Auf Kirchenbezirksebene stünden Aufwendungen von 1,2 Millionen Euro Erträgen von etwa 360.000 Euro entgegen. Somit bestehe ein Deckungsbedarf von 840.000 Euro im Bereich der Kirchenbezirke der Landeskirche. Diese Zahlen seien keine endgültigen Zahlen. „Aber“, so Hartmann, „die Grundaussage kann so stehen bleiben.“

Bibelübersetzung abgelehnt

Der Antrag auf Unterstützung des Projekts „Bibel in gerechter Sprache“ wurde vom Theologischen Ausschuss abgelehnt. Ulrich Mack als Ausschussvorsitzender begründete dies damit, dass der „Umgang mit dem Gottesnamen problematisch“ sei und kritisierte die fragwürdige Umschreibung des Heiligen Geistes. Die Übersetzung habe das Ziel, „den in den biblischen Texten genannten oder mit genannten Frauen sprachlich gerecht zu werden“ und „Erkenntnisse aus dem jüdisch-christlichen Dialog aufzunehmen“.

Kirchenleitung durch das Wort

Das Taschenbuch (152 Seiten) mit Predigten und Vorträgen von Landesbischof Gerhard Maier gibt es für 9,80 Euro bei:
Evangelisches Medienhaus GmbH
Augustenstraße 124
70197 Stuttgart
Fax 0711 22276-43

Kirchensteuerverteilung neu geregelt

Änderungen der Biberacher Tabelle beschlossen

Mit der Annahme der neuen Verteilgrundsätze für die Kirchensteuermittel wird ab dem Jahre 2006 die so genannte „Biberacher Tabelle“ geändert. Die neue Regelung wird allerdings erst ab 2030 voll greifen, da die Umsetzung schrittweise erfolgen soll.

Der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Rainer Müller, wies darauf hin, dass die Änderungen rein „rechtlicher Natur“ seien. So sei die Sprache den juristischen Erfordernissen angepasst worden.

Bedeutsam sei, so Müller, dass die Landessynode nun zum ersten Mal die Kirchensteuerverteilung rechtlich verbindlich regelt. Bisher war der Oberkirchenrat als Verwalter der Kirchensteuermittel bei der Verteilung der Gelder im Rahmen des Haushaltsplanes frei gewesen. Durch diese Regelung habe die Synode nun eine rechtliche Grundlage gelegt für die Verteilung unter den Kirchenbezirken.

Die stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses, Inge Schneider, signalisierte die zustimmende Kenntnisnahme zu den

Änderungen der Biberacher Tabelle. Markus Munzinger (Dettingen) und Volker Teich (Tübingen) baten, nochmals darüber nachzudenken, ob es nicht sinnvoll sei, auch die immer wieder vorkommenden Umparochierungen über Kirchenbezirksgrenzen hinweg zu berücksichtigen.

Der Vorsitzende des Rechtsausschusses wies auf die zahlenmäßig relativ kleine Zahl von Fällen hin, in denen dies über Kirchenbezirksgrenzen hinweg geschehe. Es bedürfe deshalb keiner besonderen Regelung. Kirchenbezirke könnten allerdings diese Umparochierungen innerhalb des Bezirkes durch ihre Bezirkssatzung berücksichtigen, erklärte Müller.

Die Synode beschloss die neuen Verteilgrundsätze mit großer Mehrheit.

Impressum

Herausgeber: Amt für Information der Evangelischen Landeskirche in Württemberg
Redaktion: Stephan Braun
Beate Dreinhöfer
Andreas Föhl
Dirk Grützmacher
Dietmar Hauber
Sybille Kannwischer
David Kobow
Klaus Rieth (verantwortlich)
Fotos: Amt für Information
Layout, Herstellung: Evangelisches Medienhaus GmbH, Augustenstraße 124, 70197 Stuttgart
Druck: J.F. Steinkopf Druck GmbH, Stuttgart

„beraten und beschlossen“ wird vom Amt für Information nach Tagungen der Landessynode erstellt.

Es ist kostenlos zu beziehen bei:
Evangelisches Medienhaus GmbH
Augustenstraße 124
70197 Stuttgart
Fon 0711 22276-58
Fax 0711 22276-81
komm.emh@elk-wue.de
www.elk-wue.de